

Datenschutzhinweise zum Whistleblowing

Gemäß der Verordnung (EU) 2016/679 (im Folgenden "DSGVO"), anderen national geltenden Datenschutzgesetzen (insbesondere BDSG) und anderen nationalen Umsetzungsgesetzen, die die Richtlinie EU 2019/1937 umgesetzt haben (zusammen im Folgenden "geltende Rechtsvorschriften"), informieren wir Sie darüber, dass alle Informationen und personenbezogenen Daten (nachstehend "personenbezogene Daten" genannt), in Bezug auf die Verarbeitung von Hinweisen, die von Ihnen freiwillig über den internen Whistleblowing-Kanal zur Verfügung gestellt werden, von Polynt Composites Germany GMBH als für die Datenverarbeitung Verantwortlicher (der "Verantwortliche") in Übereinstimmung mit den vorgenannten geltenden Rechtsvorschriften verarbeitet werden.

1. Zweck und Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung

Die Verarbeitung personenbezogener Daten dient der Bearbeitung interner Hinweise über Verstöße, d.h. Handlungen oder Unterlassungen im Rahmen einer beruflichen, unternehmerischen oder dienstlichen Tätigkeit, die rechtswidrig sind und Vorschriften oder Rechtsgebiete betreffen, die in den sachlichen Anwendungsbereich nach § 2 HinSchG fallen und Informationen über solche Verstöße, die das öffentliche Interesse oder die Integrität der privaten Einrichtung potenziell schädigen, von denen die hinweisgebende Person aufgrund ihrer beruflichen Tätigkeit oder im Vorfeld einer beruflichen Tätigkeit mit dem Verantwortlichen, Kenntnis erlangt hat.

Bei den verarbeiteten personenbezogenen Daten handelt es sich um diejenigen Daten, die in den internen Hinweisen und/oder in mit diesen verbundenen Akten und Dokumenten enthalten sind. Die personenbezogenen Daten können sich auf die hinweisgebende Person und/ oder jede andere beteiligte und betroffene Person beziehen.

Personenbezogene Daten können auch verarbeitet werden, um die notwendigen Ermittlungen einzuleiten und durchzuführen, die zunächst darauf abzielen, die abgegebene Meldung zu verifizieren und gegebenenfalls anschließend geeignete Abhilfemaßnahmen zu ergreifen und angemessene disziplinarische und/oder rechtliche bzw. gerichtliche Schritte gegen die für die Verstöße Verantwortlichen einzuleiten.

Die Verarbeitung der personenbezogenen Daten ist für die Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung erforderlich, der der Verantwortliche unterliegt, Artikel 6, Absatz 1, Buchstabe c) der DS-GVO bzw. § 26 Abs. 1 BDSG in Verbindung mit §§ 10 und 12 Abs. 1 HinSchG.

Der für die Datenverarbeitung Verantwortliche ist verpflichtet, eine Stelle für interne Meldungen nach dem HinSchG einzurichten und zu betreiben.

Sofern der Hinweis Informationen über personenbezogene Daten enthält, aus denen die rassische und ethnische Herkunft, politische Meinungen, religiöse oder weltanschauliche Überzeugungen oder die Gewerkschaftszugehörigkeit hervorgeht, sowie die Verarbeitung von genetischen Daten, biometrischen Daten zur eindeutigen Identifizierung einer natürlichen Person, Gesundheitsdaten oder Daten zum Sexualleben oder der sexuellen Orientierung einer natürlichen Person (besondere Kategorien personenbezogener Daten im Sinne von Art. 9 Abs. 1 DSGVO) oder strafrechtliche Verurteilungen und Straftaten enthält, können auch diese besonderen personenbezogenen Daten gemäß Art. 9 DSGVO in Verbindung mit § 10 S. 2 HinSchG und §§ 26 Abs. 3, 22 Abs. 2 S. 2 BDSG sowie Art. 10 DSGVO verarbeitet werden.

Es ist nicht auszuschließen, dass der Hinweis Informationen und personenbezogene Daten enthält, die nicht in den Anwendungsbereich des § 2 HinSchG fallen, aber dennoch für interne Ermittlungszwecke verwendet werden. Die Datenverarbeitung erfolgt in diesen Fällen regelmäßig auf Grundlage von § 26 Abs. 1 S. 1, Abs. 3 BDSG und/oder Art. 6 Abs. 1 lit. f), Art. 9 DSGVO. Weitere Informationen hierzu entnehmen Sie bitte den allgemeinen Hinweisen zum Datenschutz für Beschäftigte.

2. Datenverarbeitungsmethoden und Kriterien für die Aufbewahrungsfrist

Die Datenverarbeitung erfolgt 1) über das vom Verantwortlichen zur Verfügung gestellte Meldeformular oder 2) über ein von einem Dritten bereitgestelltes Whistleblowing-Portal. Das Whistleblowing-Portal wird per Fernzugriff, manuell und unter Verwendung von IT-Instrumenten verwaltet, auf die nur und ausschließlich Personen Zugriff haben, die vom Verantwortlichen durch den Abschluss eines Auftragsverarbeitungsvertrags im Sinne von Artikel 28 Abs. 3 DSGVO entsprechend autorisiert worden sind.

Die Auftragsverarbeitung im Rahmen des Betriebs des Whistleblowing-Portals wird durch InsiderLog AB durchgeführt. Dabei handelt es sich um ein renommiertes Unternehmen, welches auf die Bereitstellung von Datenerfassungsplattformen, wie dem Whistleblowing-Portal, spezialisiert ist und bei der Erfüllung seiner Verpflichtungen hinreichend Garantien dafür bietet, dass geeignete technische und organisatorische Maßnahmen so durchgeführt werden, dass die Verarbeitung im Einklang mit den Anforderungen der geltenden Rechtsvorschriften erfolgt und der Schutz der Rechte der betroffenen Personen gewährleistet sind.

Wir möchten Sie hiermit informieren, dass es zwei Möglichkeiten gibt, die Meldung abzugeben. Die Meldung kann sowohl anonym oder personalisiert abgegeben werden.

Für den Fall, dass Sie die Meldung anonym abgeben möchten, ist die zuvor erforderliche Registrierung im Whistleblowing-Portal ebenfalls anonym. Verarbeitet werden ausschließlich die Daten zur Meldung selbst. D.h. es werden keine Protokolle für die IP-Adresse oder ID des Computers, von dem die Meldung ausging, erstellt.

Der hinweisgebenden Person ist bewusst, dass ihre personenbezogenen Daten zu den in diesen Datenschutzhinweisen genannten Zwecken verarbeitet werden, wenn sie eine personalisierte Meldung abgibt.

Eine Datenverarbeitung findet nur wie in diesen Datenschutzhinweisen beschrieben, statt. Alle personenbezogenen Daten, einschließlich der Identität des Hinweisgebers und aller anderen zur Verfügung gestellten Daten, werden streng vertraulich behandelt und nicht an Dritte innerhalb und außerhalb der Organisation des Verantwortlichen oder an Polynt SpA für die Datenverarbeitung weitergegeben, auch nicht zum Zweck der Durchführung von Untersuchungen im Zusammenhang mit der Meldung, es sei denn in Abschnitt 3 *"Weitergabe und Offenlegung von personenbezogenen Daten gegenüber Dritten"* ist etwas anderes beschrieben, z.B. wenn der Hinweisgeber seine Einwilligung erteilt hat.

Whistleblowing-Meldungen sowie die darin enthaltenen Informationen und personenbezogenen Daten werden unter Wahrung des Vertraulichkeitsgebots vom Internen Revisor, der bei der Polynt SpA und/oder dem Group General Counsel/ Group Director HR/IT, der bei der Polynt SpA beschäftigt ist, ("Richtlinienausschuss") verarbeitet, die beide speziell und intern von dem für die Verarbeitung Verantwortlichen, Polynt SpA, gemäß den anwendbaren Vorschriften ernannt werden. Der Richtlinienausschuss kann die Meldung und

alle anderen darin enthaltenen personenbezogenen Daten an Ihren jeweiligen lokalen Geschäftsführer weitergeben.

Vorbehaltlich der Einwilligung des Hinweisgebers oder soweit gesetzlich vorgeschrieben, wird die Identität des Hinweisgebers nicht außerhalb der Stelle für interne Meldungen des für die Datenverarbeitung Verantwortlichen bekannt gegeben.

Die personenbezogenen Daten werden ausschließlich so lange verarbeitet, wie es erforderlich ist, um den in Absatz 1 genannten Zweck zu erfüllen. Der Verantwortliche ist dazu verpflichtet, alle eingehenden Meldungen in dauerhaft abrufbarer Weise unter Beachtung des Vertraulichkeitsgebots, zu dokumentieren (§ 11 Abs. 1 HinSchG). Die Dokumentation wird 3 (drei) Jahre nach Abschluss des Verfahrens gelöscht. Die Dokumentation kann länger aufbewahrt werden, um die Anforderungen nach den geltenden Rechtsvorschriften zu erfüllen oder solange dies aus anderen Gründen geboten ist, jeweils solange dies erforderlich und verhältnismäßig ist.

3. Weitergabe und Offenlegung von personenbezogenen Daten gegenüber Dritten

Der Inhalt der Meldung kann unter Wahrung des Vertraulichkeitsgebots an andere Unternehmen von Polynt, Composites Germany GmbH, weitergegeben und offengelegt werden. Hierbei handelt es sich um verbundene Unternehmen, Tochtergesellschaften usw., welche die personenbezogenen Daten als gemeinsame Verantwortliche nach Art. 26 DSGVO verarbeiten können, insbesondere die Polynt SpA, Eine Datenverarbeitung im Rahmen der gemeinsamen Verantwortlichkeit findet nur statt, wenn dies für die Zwecke der Verifikation des Hinweises, der vollständigen Aufklärung und für die Weitergabe und dem Ergreifen von Folgemaßnahmen erforderlich ist. In diesem Fall kann die Meldung bzw. die Identität von Personen, die Gegenstand der Meldung sind und sonstige Umstände, von der internen Meldestelle an andere Personen/ Beschäftigte der jeweiligen Organisationseinheit weitergegeben werden, die in den Ermittlungsprozess einbezogen werden müssen und die ordnungsgemäß zur Verarbeitung der darin enthaltenen personenbezogenen Daten ermächtigt sind.

Für diesen Zweck der gemeinsamen Verantwortlichkeit besteht zwischen den Verantwortlichen eine gesonderte Vereinbarung. Der relevante Inhalt der Vereinbarung wird der betroffenen Person auf Anfrage zur Verfügung gestellt.

Ungeachtet dessen möchten wir Sie darauf hinweisen, dass die Person, gegen die sich die Meldung richtet, die Identität der hinweisgebenden Person nicht erfährt. Jedoch kann es sein, dass der Inhalt der Meldung der gemeldeten und betroffenen Person offengelegt wird. Eine Offenlegung der Identität der meldenden Person erfolgt nur in den gesetzlich vorgesehen Ausnahmefällen (vgl. § 9 (1), (2) HinSchG) oder soweit die Weitergabe für Folgemaßnahmen erforderlich ist und die hinweisgebende Person zuvor in die Weitergabe eingewilligt hat (vgl. § 9 (2) HinSchG).

Grundsätzlich werden personenbezogene Daten innerhalb der Europäischen Union (EU)/ des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR) oder eines anderen Nicht-EWR-Landes gespeichert und verarbeitet, welches nach Ansicht der Europäischen Kommission ein angemessenes Schutzniveau bietet, Art. 45 DSGVO.

Sollte es erforderlich sein, dass personenbezogene Daten in ein Nicht-EWR-Land übermittelt werden, welches nach Ansicht der Europäischen Kommission kein angemessenes Schutzniveau

bietet, werden wir angemessene Sicherheitsmaßnahmen und Schutzvorkehrungen treffen, einschließlich der Verwendung von der von der Europäischen Kommission angenommenen Standardvertragsklauseln, Art. 46 DSGVO.

Wir informieren Sie hiermit darüber, dass der Verantwortliche alle ihm technisch und organisatorisch möglichen und angemessenen Sicherheitsmaßnahmen bei der Erhebung und Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten ergreift. Der Verantwortliche übernimmt jedoch keine Verantwortung für die Sicherheit Ihrer Daten während der Übermittlung im Internet, es sei denn, die Haftung des Verantwortlichen ergibt sich ausdrücklich aus einer gesetzlichen Verpflichtung.

4. Ihre Rechte

Als hinweisgebende Person und als Betroffener, dessen personenbezogenen Daten betroffen sind, haben Sie die Rechte, die Ihnen insbesondere durch die DSGVO, dem BDSG und des HinSchG verliehen werden.

Insbesondere haben die betroffenen Personen gemäß den Artikeln 15-22 der DSGVO und Art. 32-37 BDSG das Recht, jederzeit Zugang zu ihren personenbezogenen Daten, Informationen über die durchgeführte Verarbeitung, die Berichtigung und/oder Aktualisierung der personenbezogenen Daten, die Löschung und die Einschränkung der Verarbeitung zu verlangen und zu erhalten. Sie haben auch das Recht, der Verarbeitung zu widersprechen und die Übertragbarkeit der Daten zu verlangen, d. h. ihre personenbezogenen Daten in einem strukturierten, allgemein gebräuchlichen und maschinenlesbaren Format zu erhalten, mit Ausnahme der personenbezogenen Daten, die für die Erfüllung rechtlicher Verpflichtungen erforderlich sind. Schließlich haben die betroffenen Personen das Recht, ihre Einwilligung jederzeit mit der Wirkung für die Zukunft zu widerrufen. Hat die betroffene Person von ihrem Widerrufsrecht Gebrauch gemacht, berührt dies nicht die Rechtmäßigkeit der Verarbeitung, die auf der Grundlage der vor dem Widerruf erteilten Einwilligung erfolgt ist.

Jede betroffene Person hat unbeschadet eines anderweitigen verwaltungsrechtlichen oder gerichtlichen Rechtsbehelfs das Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde, Art. 77 Abs. 1 DSGVO. Jede Person, der wegen eines Verstoßes gegen die DSGVO oder BDSG ein materieller oder immaterieller Schaden entstanden ist, hat Anspruch auf Schadenersatz gegen den Verantwortlichen oder gegen den Auftragsverarbeiter, Art. 82 DSGVO.

Anfragen zur Ausübung der oben genannten Rechte und Anfragen zu den Empfängern der personenbezogenen Daten sowie Anfragen zu den vorliegenden Datenschutzhinweisen können jederzeit an die folgende E-Mail-Adresse gerichtet werden: **privacy@polynt.com**.